

Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Zunahme von Beratungsanfragen in Diskriminierungsfällen?“

Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1:

Es liegen noch nicht alle Rückmeldungen der Beratungsstellen im Netzwerk gegen Diskriminierung vor. Daher können zum jetzigen Zeitpunkt keine konkreten Zahlen angegeben werden. Anhand der vorliegenden Rückmeldungen der Beratungsstellen im Netzwerk gegen Diskriminierung lässt sich jedoch auch für das Land Bremen eine Zunahme der Beratungsanfragen erkennen.

Zu Frage 2:

Aufgrund der erhöhten Anzahl von Anfragen kommt es bei einigen Beratungsstellen zu Engpässen und Wartezeiten. Das Angebot musste jedoch nicht eingeschränkt werden. Mit der Einrichtung der Landesantidiskriminierungsstelle erwartet die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport eine weitere Zunahme von Beratungsanfragen. Durch die geplante Öffentlichkeitsarbeit der Landesantidiskriminierungsstelle und die Verweisberatung werden sich sicherlich noch mehr Menschen ermutigt fühlen, Diskriminierungen zu thematisieren und die Beratung aufzusuchen. Des Weiteren kann die Landesantidiskriminierungsstelle als zentrale Stelle Auslastungen und Ressourcen der Bremer Beratungsstellen sichtbar machen und dadurch einen Beitrag zur strategischen Ausrichtung der Antidiskriminierungsarbeit im Land Bremen leisten.

Zu Frage 3:

Thematisiert werden Diskriminierungen aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit und der sexuellen Orientierung. Vorgetragen werden darüber hinaus rassistische Diskriminierungen und Diskriminierungen aufgrund einer Behinderung, einer chronischen Erkrankung, der Religionszugehörigkeit sowie des Lebensalters. Im genannten Zeitraum hat es bei einigen Beratungsstellen verstärkt coronabedingte Anfragen gegeben. So hat es zum Beispiel Beschwerden über antisozialen Rassismus gegeben. Im Zusammenhang mit der Befreiung von der Maskenpflicht für Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen sind darüber hinaus Beschwerden wegen Benachteiligung und Ausgrenzung vorgetragen worden.